

RECHTSSCHUTZBON

ZUR ABWEHR
EINES ATOMKRAFTWERKS WYHL



MIT IHRER SPENDE ÜBER DM 20.-

in den Treuhandfond leisten Sie einen persönlichen Beitrag zur endgültigen Abwehr einer großen Bedrohung unseres heimatlichen Lebensraumes. Ihre Hilfe wird eingesetzt zur bestmöglichen Vorbereitung und Durchführung des zweiten Wyhlprozesses vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim.

**DIE BADISCH-ELSÄSSISCHEN
BURGERINITIATIVEN**

Noch kann das Atomkraftwerk Wyhl gebaut werden!

Der Bevölkerung unserer Region ist es zu verdanken, daß dieses Vorhaben bis heute nicht Wirklichkeit geworden ist. Seit mehreren Jahren kämpft sie auf allen Ebenen: unermüdlicher Bürgerprotest, Bauplatzbesetzung, Verhandlungen mit der Landesregierung Jedes gewaltfreie Mittel ist wichtig, vor allem auch die Klagen von Mitbürgern und Gemeinden vor Gericht.

Das Freiburger Verwaltungsgericht hat im März 1977 die Genehmigung für das Atomkraftwerk Wyhl aufgehoben.

In einem Klagepunkt (Berstschutz) hat uns das Gericht zugestimmt. Dadurch hat es deutlich gemacht, daß der Schutz von Leben und Gesundheit Vorrang hat vor der Förderung der Atomenergienutzung.

Dieses Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig.

Landesregierung und Kernkraftwerk Süd (Badenwerk und Energieversorgung Schwaben) haben beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim Berufung eingelegt. Das heißt für uns: der Prozeß gegen die KKW-Betreiber geht weiter. Gewinnen wir diesen Prozeß, so sind wir unserem Ziel wesentlich nähergekommen:

„Kei KKW in Wyhl un au sunscht nirgends!“

Diejenigen Mitbürger, die stellvertretend für uns Klage führen, tragen ein hohes persönliches Risiko. Sie können nicht, im Gegensatz zu Landesregierung und Badenwerk, die finanziellen Belastungen auf die Steuer- und Stromzahler abwälzen.

Unser Bemühen, Recht zu bekommen, kostet Zeit, Kraft und Geld. Wir haben diesen Einsatz bisher nicht gescheut. Wir helfen denjenigen, die stellvertretend für alle betroffenen Bürger das Wagnis des Prozesses auf sich nehmen.

Deshalb sind wir alle aufgerufen, in gemeinsamer Verantwortung mit den Klägern die Prozeßkosten und das finanzielle Risiko zu tragen!

Finanziert werden müssen:

- wissenschaftliche Gutachten, die die Schutzansprüche der Bevölkerung unterstützen und absichern,
- qualifizierte Rechtsanwälte mit umfangreichen Erfahrungen auf dem Gebiet des Atomrechts,
- die Prozeßkosten der privaten Kläger.

Diese Kosten werden sich im Bereich sechsstelliger Zahlen bewegen!

Ihr Beitrag wird auf das

Treuhandkonto Nr. 10141834 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00)

eingezahlt. Mit dessen treuhänderischen Verwaltung ist Herr K.H. Ulhaas, Steuerberater in Freiburg, beauftragt. Die Spenden werden von ihm im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß der Badisch-elsässischen Bürgerinitiativen zur Abdeckung der oben genannten Kosten eingesetzt. Überschüsse dienen der Abwehr bestehender und geplanter Atomanlagen, insbesondere am Oberrhein.

Durch diese Zahlung wird dieser Verwendungszweck anerkannt.

Wir danken Ihnen und bitten Sie: Helfen Sie uns beim Vertrieb der Rechtsschutzbons! Helfen Sie uns auch weiterhin, unsere Überzeugung in die Tat umzusetzen: Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends!

*Weitere Bons im Wert von DM 5,- 10,- 20,- 50,- 100,- 500,- zu bestellen über:
c/o Öko-Institut, Schönauer Straße 3, 7800 Freiburg; Tel. (0761) 42090 / 42099*

DIE BADISCH – ELSÄSSISCHEN BÜRGERINITIATIVEN
Kontaktadresse: Hauptstr. 53, 7831 Weisweil

№ 3116 \ 20-